

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Schwabe, Ulrich Kelber, Dirk Becker,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
sowie der Abgeordneten Dr. Hermann E. Ott, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11651 –**

Klimakonferenz Doha – Kein internationaler Erfolg ohne nationale Vorreiter

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen, um das Klimaziel von 40 Prozent zu erreichen,
- sich für ein verbindliches Klimaregime unter dem Dach des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen einzusetzen und
- die derzeitige Verhandlungsblockade durch eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten aufzulösen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/11651 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2012

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende und Berichterstatterin

Andreas Jung (Konstanz)
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch
Berichterstatter

Dr. Hermann E. Ott
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Eva Bulling-Schröter und Dr. Hermann E. Ott

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/11651** wurde in der 211. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. November 2012 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefördert werden,

- Maßnahmen auf nationaler Ebene zu ergreifen, um das Klimaziel von 40 Prozent zu erreichen,
- sich für ein verbindliches Klimaregime unter dem Dach des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen einzusetzen und
- die derzeitige Verhandlungsblockade durch eine Klimapolitik der unterschiedlichen Geschwindigkeiten aufzulösen.

Die Bundesregierung soll sich angesichts der bevorstehenden UN-Klimakonferenz in Doha auf nationaler sowie internationaler Ebene engagierter für den Klimaschutz einsetzen und Maßnahmen ergreifen, um die Rolle Deutschlands als Vorreiter in Sachen Klimaschutz zu stärken.

Insbesondere soll die Bundesregierung in Doha darauf hinwirken, dass eine zweite Verpflichtungsperiode des Kyoto-protokolls beschlossen wird.

Darüber hinaus soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass die EU ihr Klimaziel auf 30 Prozent anhebt und preisstabilisierende Maßnahmen im EU-Emissionshandel getroffen werden.

Auf nationaler Ebene soll ein Klimaschutzgesetz auf den Weg gebracht werden, welches eine Verringerung des CO₂-Ausstoßes von 40 Prozent bis 2020 verbindlich festlegt.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11651 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11651 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/11651 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 17/11651 in seiner 86. Sitzung am 12. Dezember 2012 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob die grundsätzliche Bedeutung von UN-Klimakonferenzen hervor.

Allerdings sei der Ausgang solcher Klimakonferenzen alles andere als zufriedenstellend. So sei auch in Doha lediglich ein Minimalkonsens erreicht worden. Jedoch gebe es keine Alternative zu solchen Klimakonferenzen.

Die Fraktion stellte klar, dass sich der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit in Doha ambitioniert für den Klimaschutz eingesetzt habe und treibende Kraft bei den Verhandlungen gewesen sei.

Ferner betonte sie, dass es eine Gruppe von Staaten geben sollte, die sich als Vorreiter in Sachen Klimaschutz zusammenschließen. Die EU müsse zudem ihr Klimaziel auf 30 Prozent anheben. Dazu müssten umgehend Maßnahmen im Bereich des Emissionshandels getroffen werden und die Bundesregierung sollte den Backloading-Vorschlag der EU-Kommission unterstützen. Die Zertifikate müssten vollständig vom Markt genommen werden. Es bedürfe zudem einer strukturellen Reform des Emissionshandels.

Wenn sich Deutschland dafür einsetze, würde dies die Rolle Deutschlands als Vorreiter in Sachen Klimaschutz unterstreichen.

Die **Fraktion der SPD** betonte die Wichtigkeit internationaler Klimakonferenzen wie der in Doha, denn nur hier könnten Verhandlungen effizient und effektiv geführt werden. Solche Konferenzen böten die Möglichkeit, mit Umweltministern aus der ganzen Welt wie auch Vertretern indigener Völker und NGOs Gespräche zu führen. Natürlich sei das, was in Doha beschlossen worden sei, nicht ausreichend. Jedoch gebe es keine Alternative zu solchen Weltklimakonferenzen.

Darüber hinaus erklärte die SPD-Fraktion, dass Deutschland seine Vorreiterrolle eingebüßt habe und sich nun engagierter für den Klimaschutz einsetzen müsse.

Die **Fraktion der FDP** verwies ebenfalls auf die Bedeutung von Delegationsreisen zu Weltklimakonferenzen. Man würde es begrüßen, wenn auch der Ältestenrat und das Präsidium des Deutschen Bundestages dies erkennen und solche Reisen künftig wieder genehmigen würde. Der größte Misserfolg in Doha sei der Ausstieg von Japan, Kanada und vor allem Russlands aus dem Kyoto-protokoll gewesen.

Daneben sei es nun Aufgabe des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sich für die Heraufsetzung des EU-Klimaziels auf 30 Prozent einzusetzen – unter den Voraussetzungen, die die Bundesregierung in dem Fortschrittsbericht 2012 zur Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie formuliert hat.

Die **Fraktion DIE LINKE** würdigte zunächst die Arbeit der deutschen Abgeordneten in Doha. Die Verhandlungen auf solchen Konferenzen seien schwierig, aber die Teilnehmer hätten in Doha gute Arbeit geleistet. Bereichernd sei auch der Austausch mit Klimazeugen gewesen.

Die Fraktion wies auf das „Hot Air“-Problem im Zusammenhang mit dem Emissionshandel hin und betonte, dass vor allem Russland und die Ukraine ihre CO₂-Emissionen weiter senken müssten.

Der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit müsste auf die betreffenden Staaten – vor allem auch auf Polen – einwirken, um diese Länder dazu zu bringen, ihre Zertifikate stillzulegen.

Die Fraktion erklärte, sie unterstütze zwar grundsätzlich den vorliegenden Antrag, enthalte sich aber der Stimme, da die Einbeziehung des Waldschutzes in den Emissionshandel („REDD+“) nicht berücksichtigt worden sei.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, dass man schon seit langem unzufrieden mit dem Ausgang von internationalen Konferenzen sei. Dies gelte nicht nur für die Klimapolitik, sondern auch für andere Bereiche der internationalen Umweltschutzpolitik. Die bisherige Vorgehensweise, nämlich die Probleme als Weltgemeinschaft lösen zu wollen, funktioniere nicht mehr. Nun müsse ein anderer Ansatz gewählt werden. Es sei an der Zeit, dass sich einige Staaten als Vorreiter in Sachen Klimaschutz zusammenschließen würden.

Weiter wurde kritisiert, dass die bisherigen Bemühungen des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Peter Altmaier nicht ausreichten.

Es wurde angeregt, dass alle Fraktionen gemeinsam ein Konzept erarbeiten, wie Deutschland als eines dieser Vorreiterstaaten neue Dynamik in die bisherige internationale Klimapolitik bringen könnte.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/11651 abzulehnen.

Berlin, den 12. Dezember 2012

Andreas Jung (Konstanz)
Berichtersteller

Frank Schwabe
Berichtersteller

Michael Kauch
Berichtersteller

Eva Bulling-Schröter
Berichterstellerin

Dr. Hermann E. Ott
Berichtersteller